

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bezahlgebühr monatlich 2,20 M., bei Zustellung unter Strichband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Verleger: Kurt Roden 2505 und 2506.

Immer noch die achtgipflige Doppelgipflige ober dem Namen 20 Pf., kleine Ausgabe das festbedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Druckaufschlag 60 %. Bei Familien- und Verkaufsausschüssen ist der Aufschlag fort. Inverste für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.  
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Internationale marschiert!

## Eine Kampfanlage des französischen Proletariats.

Bern, 1. April.

Das von Kautsky veröffentlichte Manifest der französischen Sozialistenpartei erklärt, nur eine sozialistische Internationale werde in der Lage sein, die Ordnung in der Welt wieder herzustellen. Erst eine sozialistische Revolution könne wirkliche Demokratie schaffen. Die sozialistische Partei dürfe keine Gelegenheiten verpassen, die ihr durch die Fehler der Bourgeoisie geboten werde. Auf die Übernahme der Macht durch das Proletariat werde voranschreitend eine Periode der Diktatur folgen. Daher müsse eine verfassunggebende Versammlung einberufen werden, um die für das wirtschaftliche und politische Leben des Landes notwendigen neuen Institutionen zu schaffen. Das Manifest spricht sich gegen alle Friedensverbindungen aus, die die überlebte Form eines überlebten Chauvinismus fördern. Das Manifest bedauert, daß der gerechte Frieden die französische Regierung zu seinem offenen oder geheimen Gegner zu machen ließe. Die Partei bekämpfe sich zu dem Gedanken des Völkerverbundes, der von allen Völkern mit gleichen Rechten und Pflichten, nicht aber von einigen Regierungen gebildet werden solle.

„Tempo“ kommentiert in einem sehr ernst gehaltenen Artikel, dieses Manifest und erklärt, die Forderungen, für die sozialistische Partei Frankreichs und die confédération générale du travail sich einsetzen wollen, ebnet den sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats den Weg.

## Zur Freisprechung Villains.

Bern, 1. April.

Die „Franchise de Lyon“ und Paris meldet, daß die Freisprechung des sozialistischen Einvertrages unter dem Eindruck der Freisprechung des Würdigen Jaurès, die von verschiedenen Rednern als herausragende Leistung der Arbeiterklasse und in einer einhimmigen angenommenen Entschlossenheit als Freisprechung des Sozialismus bezeichnet wurde. Der Vertreter der linksstehenden Gruppe betonte ausdrücklich die Notwendigkeit einer Diktatur des Proletariats. Sämtliche Diktatorredner waren in der Empörung über die verfehlte Politik der Würdigen Jaurès einig.

Zur Freisprechung Villains schreibt die „Victoire“ vom 30. März, sie sei ein schwerer politischer Fehler, der von der Arbeiterklasse als Herausforderung aufgefaßt werden würde. „Humanité“ sagt: Unterstützung über das unverständliche Verdict zeigte sich bei den Kammerdeputierten aller Parteien. Generalsekretär Beguin, also der Vertreter der Regierung, sagte die Tat als einem edlen Motiv entworfen zu bezeichnen. Die Bourgeoisie beging dadurch eine Verhöhnung und Herausforderung der Arbeiter, über deren Tragweite sie sich wohl nicht ganz klar geworden ist. „Journal du Peuple“ ist über den Freispruch erfreut, denn er zeige aufs Klarste die Klüft zwischen den zwei Welten der Arbeiter, die mit ihrem Schwere das Verhängnis der Reichen bezahlen, und der Bourgeoisie, die sich nicht scheut, bei ihren Angehörigen sogar Verbrechen zu verzeihen. Die Brücken sind abgebrochen, schreibt das Blatt, warten wir das Ende ab!

## Was ist ein Räte-System?

Die bürnische Presse läßt sich aus Weimar telegraphieren, daß wäldchen Mitglidern der Mehrheitsparteien und der Regierung in den letzten Tagen mehrere und einander widersprechende Meinungen über die Frage der Verantwortung des Räte-Systems in der Verfassungsgeschichte haben. Sie sollen, heißt es, nunmehr zu einer Entscheidung über den einschlägigen Wen zehnfür haben. Schon in den allerersten Tagen wurde von der Regierung ein neuer Artikel der Verfassung angedacht, der diese Verantwortung enthält. Man nehme an, daß dieser Voranschlag die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung finden würde.

Im ähnlichen Sinne äußerte sich gestern die halbamtliche „D. Allg. Ztg.“, die sich beziehender Weise ordentlich sah, von dem Führer der Maaderburger Mehrheitspartei Hermann Weins absurd und respektlos zu erklären,

es werde doch nichts anderes übrig bleiben, „als das Räte-System auf einer breiteren Grundlage zu stellen und den Räten als eine Allmeinvertretung des gesamten arbeitenden Volkes einen Platz der Verfassung durch Festlegung in der Verfassung anzuweisen.“ Diese Schwankung in der Frage des Räte-Systems zeigt, daß der Regierung der Boden unter den Füßen so weich geworden ist, daß sie ihren bisherigen Widerstand gegen das Räte-System aufgeben will. Die Hauptfrage bleibt indes, was sie auf diesem Gebiet zu unternehmen ardenk. Mit leeren Versprechungen oder dekorativen Rechten wird sich die Arbeiterklasse nicht aufrieden lassen.

## Die unerfüllbaren Forderungen.

Bergarbeiterabrdnungen in Weimar.

TU Weimar, 1. April.

Aus dem Ruhrgebiet sind gestern zwei Abordnungen der streikenden Arbeiter bei dem Reichsminister für Inneres in Weimar eingetroffen. Der Minister Bauer hat gestern mittag bereits mit ihnen Besprechungen abgehalten und wird mit ihnen gemeinsam nach Berlin reisen, um dort in enger Verbindung mit dem Gesamtkomitee die Forderungen vorzutragen. Es kann aber nach den dem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ von zuständiger Seite gemachten Mitteilungen keinerlei Zweifel darüber aufkommen, daß die streikenden Bergarbeiter mit ihren sozialen Forderungen auf ein Entgegenkommen bei der Reichsregierung nicht werden zu rechnen haben. Die Reichsregierung bleibt bei dem in ihrer Kundgebung eingenommenen Standpunkt, daß die schwebende Arbeitslosigkeit zu einem völligen Erliegen des Bergbaus und zu einer schweren Schädigung der inner- und außerpolitischen Lage führen würde. Die von den Bergarbeitern aufgestellten politischen Forderungen seien eine Regierung der Demokratie und würden die Diktatur einer Klasse bedeuten. Derselben kommunikativen Forderungen wurden auch beim Streik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet laut und seien mit Entschlossenheit von der Reichsregierung zurückgewiesen worden. Die Einrichtung von Betriebsräten sei den Bergarbeitern bereits zugesichert. Ein Uebergreifen des Räte-Systems auf das rein politische Gebiet werde dagegen von der Reichsregierung abgelehnt. Bleiben die Bergarbeiter bei ihren unerfüllbaren Forderungen, so sei die Reichsregierung entschlossen, ebenfalls wie feierlich im mitteldeutschen Braunkohlengebiet den Kampf durchzusetzen und den Bergarbeitern die Verantwortung für das Ansehen zugewiesen, das sie damit in dieser kritischen Situation über Deutschland heraufbeschwären.

Der kurze Sinn dieser Mitteilungen ist, daß die Regierung auf ihrem Standpunkt verharrt und den streikenden Bergarbeitern keinerlei wesentliche Zugeständnisse machen will. Solche scharfe Erklärungen erscheinen uns keineswegs geeignet, die Bergarbeiter wieder zu beruhigen und die Wiederaufnahme der Kohlenproduktion in dem für das deutsche Wirtschaftsleben notwendigen Umfange zu sichern.

Offen, 1. April.

Nach den aus den einzelnen Bergrevieren vorliegenden Meldungen ist gegen den gestrigen Tag, an dem der Ausstand fast nur auf den Vortmund, Bittener und Bochumer Bezirk beschränkt war, nur eine geringe Zunahme der Streikenden zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Ausständigen hat sich heute auf 26 109 belaufen gegen 23 000 gestern.

## Verdächtige Stimmen.

Rotterdam, 1. April.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird von seinem Pariser Korrespondenten gemeldet, er habe erfahren, daß die Alliierten nicht die Absicht hätten, Dantsig mit Gewalt polnisch zu machen, und daß sie sich auch in der Frage des Saarbeckens in enger Linie durch prinzipielle Erwägungen leiten ließen. Man sei zwar der Ansicht, daß die Polen den Ausweg über Danzig brauchen und daß die Franzosen die Benutzung der Bergwerke im Saargebiet nötig hätten, aber dem ließe die Frage der Nationalitäten gegenüber und das deutsche Element sei in beiden Fällen vorzuziehen. Man wolle keinesfalls eine neue elsass-lothringische Frage herausbeschwären. Aus diesem Grunde müsse ein Mittelweg gefunden werden. Der Korrespondent glaubt zu wissen, daß bereits ein solcher gefunden sei, der alle Teile befriedigen werde.

## Von der Sozialdemokratie zum Kommunismus.

Von Eugen Baras.

Volkskommissar für Finanzen der ungarischen Räterepublik.

Wir entnehmen diese Ausführungen des ungarischen Volksbeauftragten, der auch von deutschen Genossen als Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ bekannt ist, der „Wiener Arbeiterzeitung“ wegen der Aufklärung, die sie über die Entwicklung der ungarischen Umwälzung geben.

Ein Selbst geht um in Europa: das Selbst des Kommunismus. Sechs Wochen sind es her, daß die ungarische Volksgemeinschaft, an der vier Sozialdemokraten teilnahmen, die Führer der ungarischen kommunistischen Partei, mehr als sechs Wochen, verhasst sind. Nach sechs Wochen sind Sozialdemokraten und Kommunisten wieder vereint in der ungarischen sozialistischen Partei, die voll und ganz auf dem Boden des Räte-Systems und der Diktatur des Proletariats steht. Zwei Minister der ehemaligen Regierung, Kunfi und Böhm, sind nunmehr Volkskommissare, und die Feinde von gestern arbeiten jetzt mit vereinter Kraft an dem Ausbau der neuen Ordnung. Alle Führer der alten Partei sind im neuen Lager. Nur drei Männer, Garoni, Buchinac und Weidl, haben sich abseitig gestellt.

Wie war diese rasche Wandlung möglich? Da will versuchen, die Gründe rasch darzulegen.

Die politische Revolution vernichtete in Ungarn den militärischen Unterdrückungsapparat der herrschenden Klassen, das Meer und jede Art von bewaffneter Macht fast restlos. Es blieben keine „Infanterie“ Beereckfordere zurück wie in Deutschland! Das Meer löste sich auf: das neuere gebildete Meer wurde aus Freiwilligen gebildet, nach russischem Muster, mit Vertrauensleuten und Soldatenräten. Von dem Trude der militärischen Gewalt befreit, entfesselte sich eine ärmlose Arbeiterbewegung, zum Teil von den Wäldern der kommunistischen Partei geführt. Die Direktoren wurden aus den Fabriken entfernt, die Betriebe von den Arbeitern eigenmächtig angeeignet. Die Revolution drohte, sich in ein wirtschaftliches und politisches Chaos aufzulösen. Man mußte zu der Ueberzeugung gelangen, daß sich die Produktion auf kapitalistischer Grundlage nicht mehr regenerieren kann! Ich habe schon vor vier Wochen dieser meiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben!

Warum ist es rein unmöglich, die Produktion auf kapitalistischer Grundlage neu aufzubauen? Von den Fesseln der Gewalt befreit, ist das Proletariat nicht länger geneigt, die bisherige Ausbeutung, Hunger, Not und Elend zu dulden. Das Proletariat fordert stürmisch die Verbesserung seiner Lebenslage in materieller, moralischer und politischer Beziehung. Im Rahmen der kapitalistischen Produktion ist dies heute, nachdem der Krieg den Produktionsapparat des Landes ruiniert hat, unmöglich. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln verhindert den rationalen Wiederaufbau der Produktion, die jetzt absolut notwendige Konzentration der Produktion ausschließlich auf jene Gegenstände, die dem Konsum des Proletariats dienen. Ohne diese Maßregeln aber kann das Proletariat nicht zufriedengestellt werden: ohne eine Befriedigung des Proletariats in Wohl und Land — und die Unruhe bei den Millionen der landlose ungarische Feldarbeiter ist vielleicht noch tiefer und hätte in ihrer Folge für die künftige Ernährung des Landes noch katastrophaler werden können als die des industriellen Proletariats — war aber keine Aussicht vorhanden, daß überhaupt eine Produktion im Lande stattfinden kann. Und so blieb kein Ausweg übrig, als entweder eine Diktatur der Bourgeoisie, die absolute Anhebung des Proletariats und die Erzwingung der Arbeitsleistung durch Strafmittel, Gefängnis und Tod; der Weg, den die skandinavische Bourgeoisie und die rumänischen Bolaren jetzt versuchen, der Weg der absoluten Reaktion, der aber für die ungarische herrschende Klasse selbstwiderwärtig unannehmbar war, da die bewaffnete Macht hierzu fehlte. Oder aber die Diktatur des Proletariats. Der ständige Zwiespalt zwischen den zwei Faktoren der Produktion: Arbeitsmittel und proletarische Arbeitskraft, mußte irgendetwas gelöst werden. Wir mußten wählen, wenn wir die Produktion nicht ganz aus-





